

Protokoll Nr. 29 über die Sitzung des Schulausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 22.06.2021
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:40 Uhr
Sitzungsort: Nordseehalle, Früchteburger Weg 17-19

Anwesend:

Vorsitzende

Kruse, Doris

SPD-Fraktion

Götze, Horst
Kruse, Detlef
Meyer, Elfriede

CDU-Fraktion

Buisker, Herbert
Ringena, Hermann, Dr. für Albert Ohling

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Saurov, David
Telschow, Finn Onno

FDP-Fraktion

Busch, Friedrich

GfE-Fraktion

Hencke, Knut

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Doden, Johann	Vertreter der Arbeitgeberverbände
Engelberts, Michael	Vertreter der Elternschaft
Könnecke, Maike	Lehrervertreter der berufsbildenden Schulen
Lechner, Katja	Vertreterin der Arbeitnehmerverbände
Stüber, Gudrun	Lehrervertreterin der allgemeinbildenden Schulen

Verwaltungsvorstand

Kruithoff, Tim Oberbürgermeister

von der Verwaltung

Sprengelmeyer, Thomas
Groeneveld, Michael
Häwel, Sven

Protokollführung

Jetses, Karin

Protokoll Nr. 29 über die Sitzung des Schulausschusses

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Kruse eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 27 über die Sitzung des Schulausschusses am 06.05.2021

Herr Sprengelmeyer informiert, dass das Anliegen zur Durchführung einer Sitzung des Steuerkreises Schulentwicklungsplanung, welches im vergangenen Schulausschuss an die Verwaltung herangetragen worden sei, aufgenommen worden sei. Zwischenzeitlich habe eine Steuerkreissitzung stattgefunden.

Beschluss: Das Protokoll Nr. 27 über die Sitzung des Schulausschusses am 06.05.2021 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Schulentwicklungsplanung; Ausbauplanung Grundschule Westerborg
Vorlage: 17/1853

Herr Kruithoff gibt an, er habe zu dieser Vorlage bereits in der letzten Sitzung des Schulausschusses Stellung genommen. Aufgrund der Größe dieser Ausbauplanung habe es Beratungsbedarf seitens der Fraktionen gegeben. Er hebt hervor, der Stadtteil Borssum sei vielfältig, stelle jedoch Herausforderungen dar. Zudem weise der Stadtteil eine dynamische Entwicklung auf. Er betont, die Entwicklung der Schulstruktur sei eine „Herzensangelegenheit“ der Verwaltung. Weiterhin solle das Ziel der Oberschule Borssum, sich zu einer qualitativ hochwertigen Stadtteilschule zu entwickeln, unterstützt werden.

Protokoll Nr. 29 über die Sitzung des Schulausschusses

Die Argumente der Lehrerschaft der Grundschule Westerborg für nur einen Schulstandort seien nachvollziehbar, weil sich die aktuellen räumlichen Bedingungen negativ auf die Umsetzung der pädagogischen Arbeit auswirkten. Der Ausbau sei eine einmalige Chance, Schulgebäude und Schulgelände zusammenzuführen. Diese Chance möchte die Verwaltungen nutzen. Perspektivisch sei auch ein neuer Standort für die Feuerwehr denkbar und könnte in die Schulentwicklungsplanung einbezogen werden.

Frau Kruse bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Buisker bestätigt, eine Sitzung des Steuerkreises Schulentwicklungsplanung habe stattgefunden. Dort seien Details zur Thematik besprochen worden. Er spricht die weitere Nutzung des Altgebäudes sowie die Einbindung des Feuerwehrhauses an. Dies sei seiner Ansicht nach im Vorfeld zu prüfen. Die CDU-Fraktion befürwortet den Vorschlag der Verwaltung.

Herr Kruse teilt mit, die SPD-Fraktion stimme der Vorlage zu. Die aufgezeigten Erkenntnisse zeigten an, dass der Sanierungszustand des Altbaus nicht mehr haltbar sei. Eine Sanierung des Altbaus würde zudem die Situation, eine Grundschule mit zwei Standorten zu haben, im Bereich der pädagogischen Arbeit nicht ändern.

Herr Busch teilt mit, die FDP-Fraktion stimme der Vorlage zu.

Beschluss:

Als Vorgaben eines für die Grundschule Westerborg durchzuführenden Teilnahmewettbewerbs zur Vergabe der Planungsleistungen werden beschlossen:

1. Der separat liegende Altbau der GS Westerborg wird als Schulgebäude aufgegeben.
2. Am Hauptgebäude der GS Westerborg wird der im Rahmen der Schulentwicklungsplanung 2019 geplante Erweiterungsbau so ausgeführt, dass auch das Raumvolumen des dann aufgegebenen Altbaus aufgenommen wird.
3. Die dafür notwendigen zusätzlichen Haushaltsmittel werden in die mittelfristige Investitionsplanung 2022 ff. des Gebäudemanagements eingeplant.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Konzeptanpassung Mittagsverpflegung an Emders Ganztagschulen
Vorlage: 17/1855/1

Herr Groeneveld erläutert die o. g. Vorlage. Zudem nimmt er Bezug auf den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.05.2021 und hält fest, dass die Mittagsverpflegung an Emders Schulen bereits einen hohen Bio-Anteil enthalte. Er fragt, ob bei einem positiven Beschluss die Ausschreibung entsprechend zu gestalten sei. Die Verwaltung schlägt dies als Kriterium für eine Auswahl in der Ausschreibung vor, d. h. je höher der Bio-Anteil angeboten werde, umso mehr Bewertungspunkte würde es in dem Auswahlverfahren geben. Es würden verschiedene Auswahlkriterien berücksichtigt. Bei einer Festsetzung des Bio-Anteils von 20 % habe er Bedenken, dass sich aufgrund der Kostenlage möglicherweise gar kein Caterer bewerbe. Bei dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Verfahren bestehe die Möglichkeit, einen höchstmöglichen Wert des Bio-Anteils zu erzielen. Bei einem Beschluss für einen Wert von mindestens 20 % sei diese Prozentzahl zu definieren. Zudem sei zu klären, wie eine Überprüfung dieser Vorgabe eingehalten werden könne.

Frau Kruse bedankt sich für die Erläuterungen und bittet um Wortmeldungen.

Protokoll Nr. 29 über die Sitzung des Schulausschusses

Herr Buisker teilt mit, die CDU-Fraktion werde dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht zustimmen. Die Argumentation der Verwaltung sei richtig. Wichtig sei seiner Fraktion, zukünftig mehr auf Saisonalität und Regionalität zu achten. Diese beiden Elemente sollten in die Bewertungsmatrix mitaufgenommen werden. Er bemerkt, dass ein Großteil der in Deutschland verzehrten Bio-Produkte importiert würde. Dies sei seiner Ansicht nach nicht richtig. Dieser Aspekt läge seiner Meinung nach in der Verantwortung des Caterers. Er bittet, die beiden genannten Punkte zu beachten. Die CDU-Fraktion werde dem Antrag der Verwaltung zustimmen.

Herr Götze macht in diesem Zusammenhang auf den Anstieg von Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen aufmerksam. Seiner Ansicht nach sei zu überlegen, auch vegane Kost anzubieten. **Herr Groeneveld** begrüßt den Einwand von Herrn Götze. Er führt aus, dass in der Menülinie immer ein vegetarisches Essen vorgehalten werde.

Herr Kruse denkt, dass der Bio-Anteil über die Bewertungsmatrix genauso gut geregelt werden könne. Er würde es fatal finden, wenn sich am Ende kein Caterer bewerbe. Er macht auf die positive Steigerung der Verpflegungszahlen von rund 11.000 Essen innerhalb eines Jahres aufmerksam. Dies spreche dafür, die Produktionsküche am Johannes-Althusius-Gymnasium gezielt zu verbessern, zumal dafür bereits eine Förderung i. H. v. 55 % bewilligt worden sei. Das Finden einer Lösung sei zeitintensiv gewesen. Insofern sollte seiner Meinung nach nicht gezögert werden, falls es einen Caterer gebe. Er erkundigt sich, welche Abweichungen von einer optimalen/regelkonformen Betriebsstätte von der Lebensmittelkontrolle des LK Aurich genannt worden seien. **Herr Groeneveld** sichert eine Beantwortung zu.

Herr Kruse bittet um Erörterung der Menülinien hinsichtlich der vegetarischen Gerichte. **Herr Groeneveld** antwortet, es gebe diesbezüglich Unterschiede bei den Schulformen.

Frau Lechner fragt, auf welche Weise und von wem überprüft werde, ob der Caterer regionale Produkte verwende. **Herr Groeneveld** antwortet, der Verwaltung sei daran gelegen, dass auch die Rahmenbedingungen für eine Überprüfung deutlich gemacht werden.

Herr Sprengelmeyer ergänzt, es gebe über Frau Reimann einen engen Kontakt zu den Schulen, d. h. bei einer Ausschreibung werde miteinander vereinbart, welcher Anteil enthalten sein solle. Ebenfalls stehe Frau Reimann im Austausch mit den Caterern, so dass es auch dort einen Überblick über die Umsetzung gebe.

Herr Saurov erkundigt sich, ob der Mindestanteil von 20 % an Bio-Produkten bereits damit abgedeckt sei, wenn eines der zwei bis drei angebotenen Menüs überwiegend Bioqualität habe. Er könne sich vorstellen, dass dies von den Caterern häufiger angeboten werde und vermutet diesbezüglich keine Probleme. Er fragt, welche Zeit ggf. für eine erneute Ausschreibung eingeplant werden müsse. **Herr Sprengelmeyer** weist darauf hin, dass heute nicht grundsätzlich die Ausschreibung der Verpflegungsleistungen beschlossen werde, sondern dass bei der Ausschreibung, voraussichtlich zum 01.08.2023, eine Bewertungsmatrix zu Grunde gelegt werden solle. Wie in der Vorlage beschrieben, solle neben dem Preis als Auswahlkriterium auch Qualitätskriterien berücksichtigt werden. Er plädiere dafür, den Punkt Bio-Anteil explizit aufzunehmen mit dem Hinweis, dass ein Anteil von 20 % angestrebt werde. Die Ausformulierung werde in diesem Gremium noch einmal besprochen. Die Diskussion zeige, wie wichtig dieses Thema sei. Er bedankt sich für den Hinweis.

Herr Buisker regt an, über einen Aufruf auch regionale Anbieter einzubeziehen. Dies könnte möglicherweise über die hiesige Presse erfolgen, so dass regionale Anbieter, welche in der Lage seien, Schulen entsprechend zu beliefern, sich an eine definierte Stelle wenden könnten. Seiner Meinung nach sollte eine Möglichkeit geschaffen werden, die Partner zusammenzubringen. Er könne sich vorstellen, dass ein Caterer über den Hinweis dankbar sei.

Protokoll Nr. 29 über die Sitzung des Schulausschusses

Frau Stüber bemerkt, dass es an der Grundschule am Wall drei verschiedene Menüs gebe und die Mittagsverpflegung gut angenommen werde. Sie spricht sich dafür aus, nicht nur vegetarische und vegane Kost anzubieten. Vielmehr sollte die Kost vollwertig sein, weil diese von Kindern aufgrund ihres körperlichen Aufbaus benötigt werde. Weiter teilt sie mit, dass sie mit dem jetzigen Caterer zufrieden sei und dass sie das Programm in dieser Form gerne beibehalten möchte.

Herr Hencke ist der Ansicht, dass sich regionale und biologische Produkte nicht gegenseitig ausschließen. Er stellt die Frage in den Raum, ob es regional keinen landwirtschaftlichen Anbau von Bio-Produkten gebe oder ob die regionale Landwirtschaft nicht in der Lage sei, nach biologischen Richtlinien hin zu produzieren.

Herr Götze meint, der Caterer könne Auskunft zur Herkunft der Produkte geben. Dies sei seiner Kenntnis nach auch in der Vergangenheit so geschehen.

Frau Meyer plädiert ebenfalls für ein vollwertiges Mittagessen. Sie erinnert an den Vortrag zur Schuleingangsuntersuchung im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Integration. Dort sei berichtet worden, dass ein Großteil der Kinder übergewichtig sei.

Frau Kruse hält fest, die Anregungen würden von der Verwaltung mitgenommen.

Beschluss:

Die Rahmenbedingungen für die Herstellung der Speisen in der Produktionsküche des JAG werden durch gezielte Investitionen im Bestand verbessert.

Bau-/ Ausbau einer Zentralküche wird nicht vorgenommen.

Die Festschreibung des Versorgungssystems „Cook&Chill“ wird aufgehoben.

Bei der Ausschreibung der Verpflegungsleistungen voraussichtlich zum 01.08.2023 wird eine Bewertungsmatrix zu Grunde gelegt, die neben dem Preis als Auswahlkriterium Qualitätskriterien (u. a. Bio-Anteil; Warmhaltezeiten) berücksichtigt.

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.05.2021

Die Mittagsverpflegung an Emden Schulen enthält einen Bio-Anteil von mindestens 20 %. Die Ausschreibung ist entsprechend zu gestalten.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Einrichtung eines Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrums Inklusive Schule - RZI
Vorlage: 17/1947

Herr Groeneveld erläutert die o. g. Vorlage.

Herr Beckmann führt aus, allein die Schülerzahlen in der Inklusion seien in den letzten Jahren deutlich gestiegen, demzufolge würden die Aufgaben zunehmen. Er informiert, diese Woche werde die letzte 9. Klasse mit dem Unterstützungsfach Lernen verabschiedet. Der Anteil der Schüler*innen mit einem Unterstützungsbedarf im Bereich der geistigen Entwicklung steige auch im inklusiven Setting.

Protokoll Nr. 29 über die Sitzung des Schulausschusses

Er teilt mit, in den Emden Grundschulen gebe es zum neuen Schuljahr 21 Schüler*innen mit Unterstützungsbedarf geistiger Entwicklung. Im inklusiven Setting stünden jedem Kind fünf Unterrichtsstunden zur Verfügung, d. h. dafür müssten, bei einer 100-%igen Versorgung, 105 Lehrerstunden von der Förderschule abgeordnet werden.

Des Weiteren seien alle Grundschulen in der Grundversorgung, d. h. pro Grundschulklasse gebe es zwei Förderschullehrerstunden. Das mache für Emden zurzeit 182 Stunden aus. Weiter gebe es die Schüler*innen in der Sekundarstufe I mit Beeinträchtigungen des Lernens und mit emotional-sozialen Beeinträchtigungen. Dies seien zurzeit nochmals 220 Stunden. Die Situation sei, dass von den zur Verfügung stehenden 1.114 Stunden mittlerweile über die Hälfte in die Inklusion gingen. In der Inklusion seien es etwa 580 Stunden und im Hause der Förderschule etwa 540 Stunden.

Er unterstreicht, die Koordination dieser Stunden stelle eine Herausforderung dar. Dies sei jedoch nicht der alleinige Grund, warum ein Regionales Beratungs- und Unterstützungszentrum (RZI) wichtig sei: Der Förderschule sei es wichtig, auch inhaltlich weiterzukommen. Die Alternative sei, dass die Aufgaben, welche das RZI in Emden in Anspruch nehmen solle, dann eventuell einem anderen RZI zugeschlagen und von dort mitverwaltet würde. Dies sollte seiner Meinung nach nicht zugelassen werden. Aktuell werde die Unterrichtsversorgung an der Förderschule von ihm praktisch in Personalunion gesteuert. Sollte ein RZI in Emden eingerichtet werden, könne er sich eine Zusammenarbeit, auch mit Blick auf inhaltliche Themen, gut vorstellen.

Herr Busch bedankt sich bei Herrn Beckmann und lobt sein Engagement. Er betont, die Inklusion sei eine Herausforderung für Lehrkräfte aber auch für die Schüler*innen und Eltern. Seine Fraktion befürwortet die Einrichtung eines RZI.

Herr Kruse schließt sich den Worten seines Vorredners an. Seiner Ansicht nach würden durch dieses Modell alle Beteiligten entlastet. In erster Linie ginge es um eine Zufriedenheit der inklusiven Schüler*innen, welche dann in der Folge eine qualifiziertere Ausbildung erfahren könnten. Er signalisiert Zustimmung seitens der SPD-Fraktion.

Frau Meyer bedankt sich ebenfalls. Sie erkundigt sich nach der Vorgehensweise für die Umsetzung. **Herr Beckmann** antwortet, die Einrichtung des RZI sei ein längerer Prozess, der unter Beteiligung von Lehrkräften und Elternvertretern sowie von der Schulverwaltung und der Stadt erfolge. Es werde eine Planungsgruppe eingerichtet und eine Ausschreibung für eine Beteiligung erfolgen. Der Prozess benötige einen Vorlauf von mindestens einem halben Jahr. Bei einem positiven Beschluss könnte der Start im nächsten Schuljahr sein.

Herr Götze meint, es sei an der Zeit mit dem Thema Inklusion weiter voranzukommen. Er fragt, wo das RZI installiert werde. Er betont, dass die Inklusion sowie entsprechend Personal an jeder Schule in Emden benötigt werde. Er würde eine zügige Umsetzung begrüßen. **Herr Sprenghelmeyer** sagt, es solle nicht der Eindruck entstehen, dass die Inklusion/Teilhabe zurzeit in Emden nicht stattfindet. Den Worten von Herrn Beckmann sei zu entnehmen, dass die aktuelle Situation in Emden vorbildlich für das ganze Land sei. Die Stadt Emden habe eine Fachstelle „Inklusion“ eingerichtet. Über diese Fachstelle würden jährlich etwa 2 Mio. Euro in Schulen im Bereich Inklusion/Teilhabe investiert. Mit allen Schulen würden am Ende des Schuljahres, in Vorbereitung auf das nächste Schuljahr, Einzelgespräche stattfinden (teilweise in ein bis drei Terminen).

Zudem seien an jeder Schule nachhaltige Projekte installiert. Alleine bei diesem Programm würden etwa 82 Personen in den Schulen dazu eingesetzt. Die Verwaltung habe einen Runden Tisch „Inklusion“ eingerichtet. An diesem sei die Förderschule maßgeblich beteiligt. In den letzten sieben Jahren sei ein innovatives System aufgebaut worden; dieses sollte weiter verstetigt

Protokoll Nr. 29 über die Sitzung des Schulausschusses

werden. Vor diesem Hintergrund hat die Inklusion in den vergangenen Jahren hervorragend funktioniert. Man sei jetzt an dem Punkt, dies in Richtung RZI zu erweitern.

Frau Kruse bedankt sich für den Hinweis von Herrn Sprengelmeyer.

Beschluss: Die Stadt Emden stellt den Antrag ein Regionales Beratungs- und Unterstützungszentrum Inklusive Schule einzurichten.

Ergebnis: einstimmig

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

TOP 8 Sachstand Digitalisierung Schulen;
- Antrag der CDU-Fraktion vom 16.04.2021
Vorlage: 17/1861

Herr Buisker begrüßt die Ausarbeitung der Vorlage. Er erinnert, dass in der letzten Sitzung beschlossen worden sei, den TOP zu vertagen und an seine Bemerkung, dass die Vorlage zwar ausführlich geschrieben jedoch nicht übersichtlich gestaltet gewesen sei. Seiner Ansicht nach sei der Fortschritt der Digitalisierung nicht zu erkennen gewesen. Nunmehr seien die einzelnen Positionen gut dargestellt. In diesem Zusammenhang stellt er klar, dass er die Arbeit der Verwaltung nicht habe kritisieren wollen. Zu der zitierten Aussage von ihm, dass die Schulen ihre „Hausaufgaben“ nicht gemacht hätten, erklärt er, es gehe im Kern darum, dass aufgrund der nunmehr über ein Jahr andauernden Corona-Pandemie die Schwächen in den Schulen deutlich würden. Der Wunsch sei eine zügige Umsetzung. Er spricht die Aussage von Herrn Sprengelmeyer bezüglich der verwaltungsinternen Überlegungen einer Personalakquise für diesen Bereich an. Die CDU-Fraktion stelle sich die Frage, ob für eine schnellere Umsetzung mehr Personal sinnvoll sei. In diesem Fall würde seine Fraktion dies befürworten.

Herr Häwel stellt anhand einer Power-Point-Präsentation den Sachstand Digitalisierung vor. Er geht insbesondere auf die Themen Finanzierung, Infrastruktur, Lehr-/Lerninfrastruktur, Anzeige- und Interaktionsgeräte sowie mobile Endgeräte ein. Abschließend gibt er Erläuterungen zu Themen außerhalb des Digitalpaktes, wie Medienbildungskonzepten, Ausstattung der Schulverwaltungen sowie finanzielle und personelle Bedarfe. Diese Präsentation ist unter www.emden.de einsehbar.

Herr Groeneveld bedankt sich für den Vortrag. Es sei deutlich geworden, wie komplex die Umsetzungen seien. Er greift die Frage von Herrn Buisker zum Thema Personalakquise auf und erklärt, aktuell seien für die Umsetzung des Digitalpaktes drei MitarbeiterInnen und ein Auszubildender zuständig. In diesem Zusammenhang lobt er die Motivation und Leistungsbereitschaft dieser MitarbeiterInnen. Er stellt klar, die Umsetzung würde weiter fortgeschritten sein, wenn mehr Personal an der Umsetzung beteiligt gewesen wäre. Eine Personalerweiterung sehe er jedoch nicht nur zwingend in diesem Bereich, sondern auch im Bereich des Gebäudemanagements. Zudem spricht er das Thema Medienpädagogik an und macht darauf aufmerksam, dass hier zukünftig eine bessere Personalaufstellung nötig sei. Er unterstreicht, die Digitalisierung sei kostenintensiv. Mit dem Gesamtförderbudget des Digitalpaktes i. H. v. 3,67 Mio. Euro bestehe die Chance, die Infrastruktur gut aufzustellen. Diese Summe helfe den Schulen bei der Nutzung zukünftiger Medien. Er widerspricht dem in der Presseberichterstattung gebrachten Einwand, die Digitalisierung sei lediglich für zwei bis drei Jahre angelegt. Ziel sei eine zukunftssichere Aufstellung für die nächsten 20 Jahre. Unabhängig davon würden Medien, wie beispielsweise Tafeln, Tablets, etc. an den Schulen benötigt. Möglicherweise könne ein Teil davon über den Digitalpakt finanziert werden. Diesbezüglich würden verschiedene Konzepte betrachtet. Mit den Schulen stehe er im Austausch. Einige Schulen würden sich zukünftig für Leasingverträge die-

Protokoll Nr. 29 über die Sitzung des Schulausschusses

ser Geräte aussprechen. Er macht darauf aufmerksam, dass auch dieser Bereich in den nächsten Jahren zu finanzieren sei. **Herr Buisker** bedankt sich für den ausführlichen Vortrag. Es sei deutlich geworden, wie komplex das Thema sei. Er spricht nochmals eine Personalerweiterung für eine schnellere Umsetzung an und bittet um eine Stellungnahme der Verwaltung. Ferner bitte er um Erläuterung des internen Ticketsystems. **Herr Häwel** erklärt, das Ticketsystem sei ein Hilfsmittel, um die Aufgaben des Medienzentrums zu koordinieren.

Herr Sprengelmeyer ergänzt zum Thema Personalerweiterung, diese würde intern abgestimmt. Die Haushaltsberatungen fänden nach der Sommerpause statt. Entsprechende Vorschläge würden dort eingebracht und besprochen. Zusätzlich würden Fördermöglichkeiten eruiert. Diese seien jedoch nur zeitlich befristet. In diesem Zusammenhang macht er auf den Fachkräftemangel in diesem Bereich aufmerksam.

Herr Busch gibt an, seitens der Lehrkräfte sei ihm eine gute und fundierte Arbeit des Medienzentrums bestätigt worden. Dafür bedankt er sich. Durch den Vortrag von Herrn Häwel sei der aufwändige Arbeitsprozess nachvollziehbar dargestellt und der technische Zustand in den Schulen dokumentiert worden. Seine Fraktion schließe sich beim Thema Personalerweiterung der Meinung der CDU-Fraktion an. Er betont, der FDP-Fraktion sei bewusst, dass die bisher im Rahmen der Digitalisierung geleistete Arbeit sehr gut sei.

Frau Stüber bedankt sich seitens der Schulen bei den MitarbeiterInnen des Medienzentrums und hebt insbesondere die Erreichbarkeit, sogar in den Abendstunden, hervor. Die MitarbeiterInnen seien jederzeit ansprechbar und hätten vor Ort zur Verfügung gestanden. Sie begrüßt die Einführung der Schulplattform iServ. Weiter befürwortet sie das Thema DigihelferInnen und hofft, dass die Hochschule und das Land dieses Projekt weiter genehmigen und finanzieren werden.

Herr Buisker fragt, ob die angeschafften mobilen Endgeräte für SchülerInnen und Lehrkräfte mit einer SIM-Karte ausgestattet seien oder ob für die Nutzung zu Hause auf vorhandenes WLAN zurückgegriffen werden müsse. Er bemerkt, es gebe nicht in jedem Stadtteil in Emden ein entsprechend starkes, einwandfreies Netz. **Herr Häwel** antwortet, bei den angeschafften I-Pads handele es sich um reine WLAN-Geräte. Geräte mit SIM-Slot hätten pro Gerät Mehrkosten von etwa 120 Euro netto verursacht. Diese Variante sei, um mehr Geräte anschaffen zu können, abgelehnt worden. Diese Variante sei abgelehnt worden, um mehr Geräte anschaffen zu können.

Abschließend bedankt sich **Frau Kruse** für den Vortrag sowie für die geleistete Arbeit des Medienzentrums.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Termine Klausurtagungen

Herr Sprengelmeyer teilt folgende Termine für die Klausurtagungen mit:

- Grundschulen 22.01.2021
- Weiterführende Schulen 05.02.2021
- Berufsbildenden Schulen 18.02.2021

Es seien sechs Stunden Präsenz vorgesehen.

Protokoll Nr. 29 über die Sitzung des Schulausschusses

2. Einschulungszahlen Sekundarstufe I

Herr Sprengelmeyer gibt an, kurz vor Beginn der Sitzung habe er die Zahlen für die Sekundarstufe I erhalten:

Einschulung SEK I für das Schuljahr 2021/22			Vergleich Vorjahr 2020/21	
GOBS Wybelsum	44	2-zügig	44	2-zügig
OBS Borssum	24	1-zügig	20	1-zügig
OBS Herrentor	74	3-zügig	88	4-zügig
IGS Emden	128	5-zügig	113	4-zügig
MAX	111	4-zügig	66	3-zügig
JAG	127	5-zügig	189	7-zügig
davon Krummhörn und Hinte	29 8		*davon 77 aus dem LK Aurich	

Er hebt hervor, dass die Integrierte Gesamtschule mit 128 Anmeldungen für die fünfte Klasse in der aktuellen Auflistung die meisten Anmeldungen aufweise.

TOP 10 Anfragen

1. Bereisung der Berufsbildenden Schulen II

Herr Buisker erinnert an die Bereisung der Berufsbildenden Schulen II (BBS II) im Rahmen des Schulausschusses. Hierbei sei der Sanierungsbedarf dieser Schule ersichtlich geworden. Er beklagt, dass bei diesem Termin kein/e VertreterIn des Gebäudemanagements (GME) anwesend gewesen sei. **Herr Sprengelmeyer** erwidert, es habe sich um eine Bereisung für den Schulausschuss gehandelt. Die Ergebnisse würden an das GME weitergeleitet bzw. diese seien dort bekannt. Er sichert zu, dass bei den nächsten Bereisungen im Rahmen des Schulausschusses das GME anwesend sein werde.

Frau Meyer macht ebenfalls auf den teilweise desolaten Zustand der Schule aufmerksam. Die SPD-Fraktion habe im Rahmen ihrer Fraktionssitzung den Schulleiter der BBS II, Herrn Holzgrabe, zu einem Gespräch eingeladen. Daraufhin sei innerhalb ihrer Fraktion der Vorschlag geäußert worden, dass alle Ratsfraktionen gemeinsam die BBS II unterstützen sollten. Sie bittet, dieses Anliegen auch in den anderen Fraktionen zu beraten.

Herr Kruithoff zeigt Verständnis für diesen Wunsch, dennoch warne er vor der Mentalität, demjenigen zu helfen, der am lautesten rufe. Er weist darauf hin, dass es auch in anderen Schulen Investitions- und Sanierungsbedarfe gebe. Er erinnert an die Schulstrukturreform, in dessen Rahmen hohe Investitionen für den Neubau sowie für die Erweiterungen von Schulen ausgegeben worden seien. Dadurch würden Mittel für die Unterhaltung der Bestandsgebäude fehlen. Beispielsweise seien gerade für die BBS II jährlich etwa 1 Mio. Euro Instandhaltungskosten notwendig. Die BBS II sei zwar architektonisch eine wunderschöne Schule, baulich sei das Gebäude jedoch katastrophal.

In diesem Zusammenhang bemerkt er, dass das GME seit einem Dreivierteljahr neu strukturiert werde. Das Ausscheiden von Herrn Docter, als kommissarischer Betriebsleiter des Gebäudemanagements, komme erschwerend hinzu. Übergangsweise seien Herr Jahnke und er selbst in die Besprechungen involviert, bis die Nachfolger*in von Herrn Docter im Amt sei.

Er macht nochmals deutlich, die Bedarfe der Schulen seien bekannt und würden mit den gegebenen Mitteln sukzessive abgearbeitet. Dabei habe die Verwaltung auch die BBS II im Blick. **Frau Meyer** stimmt Herrn Kruithoff zu.

Protokoll Nr. 29 über die Sitzung des Schulausschusses

2. Präsenzpflcht an Schulen – Anfrage der FDP-Fraktion v. 16.06.2021

Herr Busch teilt mit, die FDP-Fraktion habe am 16.06.2021 eine Anfrage zur Präsenzpflcht gestellt. 65 Schüler*innen würden auf die Präsenzpflcht verzichten. Seine Fraktion sei besorgt über die Mitteilung aus dem Antwortschreiben, dass das Distanzlernen überwiegend dann gewünscht werde, wenn vulnerable Angehörige im Haushalt leben. Weiter wurde informiert, dass es über die Beratungen an den Schulen hinaus seitens des Schulträgers keine weiteren Maßnahmen gebe. Seine Fraktion sehe dies mit Sorge und bittet diese Situation intensiver in den Blick zu nehmen, sodass es dort zu keiner Kindeswohlgefährdung komme.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.